

## Schwerpunkte 2019

### Gewerbe, Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus

Für die SVP hat die Nutztierhaltung gegenüber den Grossraubtieren klar Priorität. Wir setzen uns dafür ein, dass dies auch in der Verfassung verankert wird. Die langfristige Sicherstellung der Urner Alpwirtschaft liegt im Interesse von Tourismus und Landwirtschaft. Die Volksinitiative «zur Regulierung von Grossraubtieren muss umgesetzt werden. Die personelle Situation bei der Sicherheitsdirektion (Jagd- und Forst) muss zwingend überprüft werden. Der Wolf hat im Kanton Uri keinen Platz. Das Wolfskonzept und der Herdenschutz im Kanton Uri müssen überdenkt werden. Die Kostenentwicklung ist vermehrt kritisch zu prüfen.

Der Kontrollaufwand in der Landwirtschaft ist mit der AP 2022 erneut kritisch zu überprüfen. Die produzierende Landwirtschaft soll unterstützt werden.

Beim Entwicklungsschwerpunkt Eyschachen wird die SVP 2018 die bisherige Strategie Ansiedlung von Grossfirmen kritisch prüfen. Allenfalls drängt sich für die Entwicklung des bestehenden Areals eine Strategieänderung auf (Ansiedlung von heimischem Gewerbe).

### Finanzen, Behörden und Verwaltung

Die Steuerbelastung für natürliche und juristische Personen ist auf einem schweizweit attraktiven Niveau zu halten und soll konkurrenzfähig gegenüber den Nachbarkantonen sein. Steuererhöhungen sind für uns kein Thema. Wir fordern ein Entlastungsprogramm mit einer ausgewogenen Finanzierung und einer effizienten Verteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden.

Die Überprüfung der Aufgaben- und des Personalbestandes bei der Kantonalen Verwaltung muss konsequent umgesetzt und laufend überprüft werden. Die Umsetzung des Globalbudgets im Personalbereich werden wir kritisch verfolgen. Die Verwaltungsstruktur des Kantons ist kritisch zu überprüfen, allenfalls ist eine umfassende Verwaltungsreform zu fordern.

Die Souveränität des Kantons bei der Ausgestaltung des Wahlsystems ist mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sicherzustellen.

### Bildung und Kultur

Die Umsetzung des Lehrplans 21 ist kritisch begleiten und der Stand der Arbeiten zu überprüfen. Wir setzen uns für den Abbau von unnötiger Bürokratie bei Bildungsinstitutionen und Lehrlingsbetrieben ein. Die Abschaffung des Erziehungsrats ist voranzutreiben. Auf den Arealen der Urner Volksschulen sind Einschränkungen für die private Nutzung von mobilen-Endgeräten (Handy, Tablet usw.) zu prüfen.

## Asyl- und Sicherheit

Die Zusammenarbeit und die Überprüfung der Leitungsvereinbarung zwischen dem Kanton Uri und dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) muss mittels Vorstoss zwingend überprüft werden. Die Kosten im kantonalen Asylwesen sind kritisch zu hinterfragen und gegenüber dem Bund eine klarere Position zu vertreten.

Beim Asylwesen sind auch die Folgekosten für die übrigen Sozialwerke und -versicherungen kritisch zu hinterfragen. Insbesondere die zukünftig auf den Kanton zukommenden Kosten (Deutschkurse, usw).

## Energie, Umwelt und Verkehr

Die dauernde Verhinderungs- und Forderungspolitik der Umweltverbände wird von uns klar bekämpft. Dazu prüfen wir geeignete Massnahmen auf Stufe Kanton (Initiative) und Bund (Parlament) um eine effiziente Umsetzung der Energiepolitik (insbesondere der Wasserkraft) zu fördern. Eine Überprüfung des SNEE ist mittels politischem Vorstoss in die Wege zu leiten.

Die Investitionspolitik vom Regierungsrat bei den Strassen (Unterhaltsprogramm) muss näher geprüft werden. Die Prioritätensetzung beim Strassenunterhalt ist kritisch zu hinterfragen und der notwendige Standard sowohl bei der Planung wie aber auch beim Bau ist zu überprüfen. Allenfalls ist via politischem Vorstoss das Strassenunterhaltsprogramm wieder durch projektbezogene Verpflichtungskredite zu ersetzen.

In der Umweltpolitik setzt sich die SVP dafür ein, dass die Wege mit der kantonalen und kommunalen Verwaltung kurz bleiben und Entscheidungen rasch und unkompliziert getroffen werden. Der Abbau der Bürokratie, im speziellen im Bereich Umwelt- und Immissionsschutz, muss durch geeignete Vorstösse gefördert und gefordert werden. Die Umsetzung der Änderung der eidgenössischen Gewässerschutz-, Wasserbau-, Energie- und Fischereiverordnung muss kritisch beobachtet werden.

Die Kantone Zug und Schwyz haben eine gemeinsame Einsatzzentrale. Macht der Betrieb einer eigenen Einsatzzentrale aus betrieblicher und finanzieller Sicht noch Sinn?

## Familie, Sozialwesen, Gesundheit und Religion

Die Umsetzung vom Neu- und Umbau des Kantonsspitals wird von uns begleitet. Dabei gilt es von Seiten SVP folgende Punkte zu beachten: Kosten und Nutzen, Tragbarkeit, Spitalführung und eine sichere und standortangepasste Gesundheitsversorgung für den Kanton Uri.

Die Personal- und Kostenentwicklung bei der KESB wird auch im 2019 im «Auge» behalten.

Altdorf, 5. Dezember 2018